

Autorin

Emily Lines

# Das Leben nach der Pandemie

Erfahrungen aus dem Jahr 2020

---

Es darf nicht das primäre Ziel sein, zum Leben in der Zeit vor COVID-19 zurückzukehren. Vielmehr ist es wichtig, die Erfahrungen aus der Pandemie jetzt für dringend anstehende Reformen zu nutzen, um eine grundsätzliche Verbesserung der Lebensumstände zu erreichen.

---

Insbesondere die sozioökonomische Situation und die mentale Gesundheit der Menschen müssen dabei eine stärkere Berücksichtigung finden. „Menschen“ und „Lebensumstände“ können sehr unterschiedlich sein. Zukünftige Maßnahmen müssen das berücksichtigen, um unerwünschte Wirkungen zu vermeiden, gerade für vulnerable Gruppen.

---

Die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen („Morbidität“) durch unterlassene Arztbesuche und Vorsorgeuntersuchungen müssen untersucht und dadurch Rückschlüsse für ein zukünftiges Krisenmanagement gezogen werden.

---

Die soziodemografischen Dateninfrastrukturen müssen weiter ausgebaut werden. Bei der Erhebung von Daten ist wichtig, dass diese vergleichbar und konsistent sind.

---

**POPULATION  
EUROPE**



THE NETWORK OF EUROPE'S LEADING  
DEMOGRAPHIC RESEARCH CENTRES

## Einleitung

---

Als sich SARS-CoV-2 Anfang 2020 immer stärker verbreitete und eine weltweite Pandemie ausgerufen wurde, war noch nicht abzuschätzen, wie lange die Pandemie dauern würde. Alle Aufmerksamkeit galt den Virolog\*innen und Epidemiolog\*innen. Regierungen arbeiteten unter hohem Zeitdruck, um die Zahl der Infektionen und der Sterbefälle möglichst niedrig zu halten.

Mit der Freigabe verschiedener Impfstoffe werden die Überwindung des Virus und das Ende der Pandemie nun etwas greifbarer; Unwägbarkeiten bleiben aber nach wie vor. Für die Zeit nach der Pandemie sind jedoch langfristige soziodemografische Herausforderungen zu erwarten, die aus der Pandemie erwachsen und auf die die Gesellschaft und politische Entscheidungsträger\*innen vorbereitet sein sollten.

Deshalb veranstaltete Population Europe am 26. Januar 2021, aus heutiger Sicht also zwischen der zweiten und dritten Welle, ein Expert\*innenreffen. In diesem Rahmen diskutierten Vertreter\*innen aus Wissenschaft und Politik sowie von gesellschaftlichen Organisationen auf der Basis bis dahin vorliegender Erkenntnisse darüber, wie sich das gesellschaftliche Leben nach der Pandemie möglicherweise entwickeln könnte. Es ging dabei um allererste Schlussfolgerungen im Hinblick auf erforderliche Schritte. Dieser Workshop und die daraus hervorgegangenen Veröffentlichungen, darunter das Diskussionspapier *Post-Pandemic Populations. Die soziodemografischen Folgen der COVID-19-Pandemie in Deutschland*, sind Teil eines vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten gleichnamigen Projektes.

## Studienerkenntnisse

---

Schon früh in der Pandemie haben Demograf\*innen und Sozialwissenschaftler\*innen untersucht, wie sich diese auf die Situation von Individuen auswirkt und welche Folgen aus der Pandemie für die Mortalitäts-, Fertilitäts- und Migrationsentwicklung in der Zukunft erwachsen könnten. Um die soziodemografischen Faktoren bei der Verbreitung des Virus zu verstehen und präzisere Vorhersagen treffen zu können, haben Demograf\*innen die Bevölkerungsstrukturen in verschiedenen Ländern genauer untersucht. Sie nahmen dabei die Altersstrukturen und andere wichtige Einflussfaktoren wie Bildung, sozioökonomische Stellung, ethnische Herkunft und Formen des Zusammenlebens in den Blick (Balbo et al., 2020).

Mehrere Teilnehmer\*innen berichteten von Studien, dass ältere Menschen, insbesondere jene, die nicht in einer Pflegeeinrichtung lebten, mit der Situation besser zurechtkamen als zunächst angenommen, insbesondere in Hinblick auf ihre mentale Gesundheit. Jüngere Menschen hätten dagegen stärker mit der Einsamkeit und der Reduktion der sozialen Kontakte zu kämpfen gehabt als erwartet (Doblhammer & Trappe, 2021). Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts stellte zudem fest, dass trotz geltender Empfehlungen, den Kontakt zwischen Großeltern und Enkelkindern einzuschränken, jene immer noch oft in die Kinderbetreuung involviert waren. Dies schien mit dem Familienstand, dem Alter des Kindes / der Kinder und dem Wohnort zusammenzuhängen, kam jedoch auch umso häufiger vor, je länger die Pandemie andauerte (Langmeyer, 2021).

Die Inanspruchnahme großelterlicher Unterstützung bei der Betreuung von Kindern im Kindergartenalter verweist erneut auf die Herausforderungen, denen Eltern während der Pandemie gegenüberstanden. Die Wissenschaftler\*innen analysierten, ob und wie Eltern ihre Arbeitsteilung im Haushalt anpassten, als sie ihre Kinder nicht mehr in die Schule schicken oder in Kindertageseinrichtungen betreuen lassen konnten. Zu Beginn der Pandemie schienen Eltern die Situation noch weitestgehend bewältigen zu können. Die Väter übernahmen mehr Verantwortung bei der Versorgung der Kinder, auch wenn insgesamt betrachtet immer noch die Mütter den Großteil der Kinderbetreuung leisteten. Viele Mütter befanden sich zudem in einer schlechteren Ausgangsposition als Männer: In Deutschland ist eine Vielzahl von Frauen in Minijobs<sup>1</sup> beschäftigt, aus denen sich keinerlei Ansprüche auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld ergeben. Entsprechend hatten viele Frauen eine höhere Arbeitsbelastung durch zusätzliche Arbeit in der Familie bei einem gleichzeitig geringeren Einkommen zu tragen, was sie häufig dazu veranlasste, ihre Erwerbstätigkeit einzustellen. Frauen infizierten sich zudem häufiger mit dem COVID-19-Virus als Männer, was damit zusammenhängen könnte, dass Frauen eher in kontaktintensiven Berufen arbeiten (Sobotka et al., 2020).

## Die demografische Entwicklung

---

Wie wird sich die Pandemie auf die weitere Bevölkerungsentwicklung auswirken? In Bezug auf die Fertilität konnte die Wissenschaft im Januar 2021 im Rahmen der Veranstaltung keine sicheren Aussagen treffen. Im April 2021 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Geburtenzahlen für Deutschland in 2020: Es gab etwa 5.000 Geburten weniger als 2019, was offenbar aber nicht an der Pandemie

lag (Statistisches Bundesamt, 2021). Weiterhin ist es unklar, welchen Einfluss die pandemiebedingte Unsicherheit auf die Familienplanung von Paaren hat und haben wird. Die Teilnehmer\*innen rechneten jedenfalls nicht mit einem neuen Babyboom. Die Entscheidung für Kinder ist oft eng mit den vorhandenen Angeboten zur Kinderbetreuung verbunden, und da die diesbezüglichen Möglichkeiten während der Pandemie eingeschränkt waren, könnte dies Paare dazu bewegt haben, ihre Familienplanung aufzuschieben. Dieser Effekt könnte sich nach Aussage eines Teilnehmers langfristig auf die Fertilität auswirken, da dadurch der Trend, dass Frauen im Durchschnitt immer später Kinder bekommen, noch weiter verstärkt worden sein könnte.

Das COVID-19-Virus hat bereits viele Menschenleben gekostet. Kurzfristig ist die Mortalitätsrate deshalb gestiegen und könnte, insbesondere in Anbetracht der neu entdeckten Virusmutationen, auch weiterhin ansteigen. Doch langfristig wird von einem Rückgang der Sterbezahlen ausgegangen. In Deutschland und vielen anderen Ländern konnte man aufgrund der Hygienemaßnahmen, die ergriffen wurden, um die Verbreitung des Virus zu stoppen, zugleich die Auswirkungen ansonsten üblicher Grippewellen umgehen oder abmildern. Die Wirksamkeit dieser Hygienekonzepte könnte eine wichtige Lektion für die Zukunft darstellen, auch mit Blick auf eine höhere Lebenserwartung (Sauerberg, 2021; Doblhammer & Trappe, 2021).

Neben der Mortalität hat die Pandemie auch einen Einfluss auf die Morbidität. Aus Sorge vor dem Virus haben viele Menschen Arzttermine abgesagt oder verschoben. Es ist deshalb möglich, dass die Morbidität in den älteren Bevölkerungsgruppen aufgrund von zu späten Diagnosen lebensbedrohlicher Erkrankungen steigen wird. Zudem könnten viele Menschen, die von einer Ansteckung genesen sind, bislang noch unbekannte, langfristige gesundheitliche Schäden zurückbehalten (Doblhammer & Trappe, 2021). Auch die mentale Gesundheit sollte beachtet werden, da große Teile der Bevölkerung psychologisch traumatisiert sein könnten, insbesondere direkt von dem Virus betroffene Personen, die entweder durch COVID-19 ein Familienmitglied verloren haben oder selbst infiziert waren.

In Bezug auf die Migrationsentwicklung stellten die Teilnehmenden fest, dass die während der Pandemie geltenden Mobilitätsbeschränkungen zu einer Verlangsamung der Migrationsbewegungen geführt haben. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die Migrationsströme wieder ihr ursprüngliches Niveau erreichen, sobald die Pandemie vorbei ist (Esteve & Trias-Llimós, 2021). Von den Grenzschließungen und Mobilitätsbeschränkungen waren die zwischen den Ländern pendelnden Pfleger\*innen besonders betroffen.

Für sie war nicht nur die Ein- und Ausreise, zum Beispiel von Polen nach Deutschland, mit zusätzlichen Schwierigkeiten verbunden, sondern die Maßnahmen der einzelnen Länder waren auch kaum aufeinander abgestimmt und es mangelte ihnen an institutioneller Unterstützung. Dadurch wurde es erschwert, das Pflegeangebot sowohl quantitativ als auch qualitativ auf dem Vor-Pandemie-Niveau zu halten.

## Bessere Daten sind unverzichtbar

---

Damit die Auswirkungen dieser und künftiger Pandemien auf die Bevölkerungsentwicklung zuverlässig analysiert und politische Entscheidungsträger\*innen bei ihrer Arbeit von der Wissenschaft mit evidenzbasierten Informationen unterstützt werden können, werden verlässlichere Daten benötigt.

Die hohe Datennachfrage machte deutliche Defizite sichtbar. So waren etwa manche Gesundheitsämter mit der Aufgabe, Daten sofort und digital bereitzustellen, überfordert. Auch wurde schnell klar, dass zu manchen Fragestellungen schlicht keine disaggregierten Daten vorhanden waren. Für Wissenschaftler\*innen war es deshalb schwierig, die Dynamik der Pandemie zu verstehen. Beispielsweise gab es zu den an COVID-19-Verstorbenen kaum Daten, die auch Aufschluss über deren sozioökonomische Situation oder einen Migrationshintergrund gaben oder darüber, ob sie in Pflegeeinrichtungen untergebracht waren. Dieser Mangel an spezifischen Daten zu individuellen Merkmalen erschwerte es, die verschiedenen Risikofaktoren, die eine Infektion begünstigen, frühzeitig zu verstehen und entsprechend bessere Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen.

Diese Nachfrage nach verlässlichen Daten wird auch nach der Pandemie anhalten, nicht zuletzt bei der Analyse ihrer langfristigen Folgen. Die Dateninfrastruktur der statistischen Bundesämter und Gesundheitsbehörden muss deshalb dahingehend verbessert werden, dass Umfrage- und administrative Daten leichter abgerufen, besser miteinander verknüpft und verglichen werden können. Dazu würde beitragen, die Möglichkeiten der Gesundheitsbehörden zu erweitern, Daten zu erfassen, zentral zu speichern und digital den Forschenden zur Verfügung zu stellen.

Forschungsinstitute haben neue Studien entwickelt, um Fragen zur Pandemie beantworten zu können. Bei vielen Studien wurde dabei auf unterschiedliche Stichprobenverfahren und Analysemethoden zurückgegriffen, was einen Vergleich der Studien erschwert. Bestimmte Gruppen sind

zudem in den Stichproben der Studien noch immer unterrepräsentiert. Diese Defizite könnten durch eine bessere Datenbereitstellung und Koordination behoben werden. Daher wäre es sinnvoll, wenn Wissenschaft, behördliche Stellen und die Regierung gemeinsam Verfahren für ein koordiniertes Vorgehen bei der Datenerhebung entwickelten.

## Erste Empfehlungen für die Politik

---

Gesundheit muss breit definiert werden. Insbesondere die sozioökonomische Situation und die mentale Gesundheit der Menschen sollten dabei eine stärkere Berücksichtigung finden. Die in der Pandemie getroffenen Hygienemaßnahmen dürften geeignet sein, um in Zukunft Ausbrüchen von anderen Krankheiten vorzubeugen.

Ein „weiter so“ in der Pflegebranche kann es nicht geben. Pflege ist nicht nur überregional, sondern transnational organisiert. Bi- und multilaterale Lösungen für Grenzregionen müssen entwickelt werden.

Gesundheitsbehörden müssen ihre Infrastrukturen für soziodemografische Daten ausbauen. Daten müssen der Forschung schneller zur Verfügung gestellt werden. Die Erhebungen von vergleichbaren und konsistenten Daten könnte besser aufeinander abgestimmt werden.

Die Kommunikation der Politik mit der Wissenschaft hat sich während der Pandemie als wichtiger Baustein einer evidenzbasierten Politikgestaltung erwiesen und sollte weiter vertieft werden. Die Kommunikation in die Bevölkerung muss von beiden Seiten verbessert werden.

Lehren sollten aus der Pandemie für eine grundsätzliche Verbesserung der Lebensumstände aller Generationen in den unterschiedlichen Lebenslagen gezogen werden. ■

---

### Fußnote

<sup>1</sup> Als Minijob gelten in Deutschland Tätigkeiten, die entweder mit einem Monatslohn in Höhe von 450 € vergütet oder an nicht mehr als 70 Tagen im Jahr ausgeübt werden. Da diese Jobs nicht sozialversicherungspflichtig sind, bieten sie keine hinreichende soziale Absicherung (<https://www.arbeitsagentur.de/lexikon/minijob>).

---

### Literatur

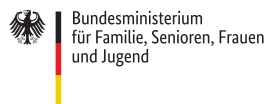
— Balbo, N., Kashnitsky, I., Melegaro, A., Meslé, F., Mills, M. C., de Valk, H. A. G. & Vono de Vilhena, D. (2020). *Demography and the*

*Coronavirus Pandemic. Population & Policy Compact 25*, Berlin: Max-Planck-Gesellschaft/Population Europe.

- Doblhammer, G. & Trappe, H. (2021). COVID-19 und natürliche Bevölkerungsentwicklung aus der Perspektive des Lebenslaufs: Gesundheitliche Auswirkungen der Pandemie auf die Lebensphasen Jugend und Alter. In E. Lines (Hrsg.), *Post-Pandemic Populations* (S. 28-33). Discussion Paper No. 13, Berlin: Max-Planck-Gesellschaft/Population Europe.
- Esteve, A. & Trias-Llimós, S. (2021). Die COVID-19-Pandemie: Die Rolle von Demografie und Demograf\*innen. In E. Lines (Hrsg.), *Post-Pandemic Populations* (S. 8-13). Discussion Paper No. 13, Berlin: Max-Planck-Gesellschaft/Population Europe.
- Sauerberg, M. (2021). Das Mortalitätsgeschehen während der COVID-19-Pandemie in Deutschland und anderen europäischen Ländern. In E. Lines (Hrsg.), *Post-Pandemic Populations* (S. 14-19). Discussion Paper No. 13, Berlin: Max-Planck-Gesellschaft/Population Europe.
- Sobotka, T., Brzozowska, Z., Muttarak, R., Zeman, K., & di Lego, V. (2020). *Age, gender and COVID-19 infections*. medRxiv. <https://doi.org/10.1101/2020.05.24.20111765>
- Statistisches Bundesamt (26. April 2021). Mehr Sterbefälle, weniger Geburten und Eheschließungen im Jahr 2020 (Pressemitteilung Nr. 200). [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/04/PD21\\_200\\_126.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/04/PD21_200_126.html)

---

### Gefördert vom:



---

### Impressum

**Herausgeber:** Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Namen des Netzwerks „Population Europe“

**Technische Koordination:** Emily Lines

**Layout:** Karen Olze / Judith Miller / Produkt und Grafik Design

**Foto (Titelseite):** ©Chaz Bharj – iStock

**Druck:** LASERLINE GmbH, Scheringstraße 1, 13355 Berlin, Germany

**ISSN:** 2512-6164

**Anschrift:** Population Europe Secretariat, Markgrafenstraße 37, 10117 Berlin, Germany

**Telefon:** +49 (0)30 2061 383 30

**E-Mail:** [office@population-europe.eu](mailto:office@population-europe.eu)

**Web:** [www.population-europe.eu](http://www.population-europe.eu)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber\*innen oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nicht kommerzielle Zwecke erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.